

Antrag Nr. 12-O-13-0012 1006

Betreff:

Stellungnahme zum Entwurf des Haushaltsplans 2012/2013 hier: u. a. Antrag der CDU-Fraktion vom 03.03.2012

Antragstext:

Zur Vorbereitung der schriftlichen Anhörung der Ortsbeiräte gem. § 82 Abs. 3 HGO zum Entwurf des Haushaltsplans wurde den Fraktionen im Ortsbeirat der Entwurf des Haushaltsplans mit der Sitzungsvorlage und den dazugehörigen Anlagen ausgehändigt. Anhand der Angaben in den Haushalts-Anmeldungen wurden die Maßnahmen dem jeweiligen Ortsbezirk zugeordnet. Die Fraktionen sind aufgefordert bis 30.03.2012 Stellung zu nehmen.

Antrag der CDU-Fraktion

Der Ortsbeirat Frauenstein nimmt zu den Stellungnahmen der Fachämter zu seinen Anmeldungen für den Doppelhaushalt 2012/2013 wie folgt Stellung und bittet um inhaltlich weiterführende Auskünfte zu den angeführten Punkten:

Zu Nr. 275 Urnenwand - Friedhof

Der Ortsbeirat hat in der Vergangenheit schon des Öfteren, die auf rein monetäre Aspekte ausgerichtete Auswahlpraxis der Stadt hinsichtlich der Standorte für Urnenwände kritisiert. Diese Kritik wird aufrechterhalten, denn nach Auffassung des Ortsbeirates kann es nicht die Aufgabe der Stadt sein durch diese Praxis den Bürgerinnen und Bürgern quasi vorzuschreiben wie sie bestattet werden sollen. Auf größeren Friedhöfen besteht die Vielfalt der Bestattungsformen, die wir uns auch für Frauenstein wünschen.

Zu Nr. 625 Rekultivierung des Herrnberges

Die Aussage der Verwaltung, dass keine Mittel zur Verfügung stehen ist nicht zielführend. Der Ortsbeirat war aufgefordert Maßnahmen zu benennen, für die Mittel im Doppelhaushalt 2012/2013 eingeplant werden sollen. Mit der Antwort des Amtes hätte der Ortsbeirat sich diese Arbeit sparen können.

Zu Nr. 626 Sanierung der Alfred-Delp-Schule

Die Verwaltung wird gebeten, dem Ortsbeirat die bauliche Pro-Liste nach Fertigstellung unverzüglich zur Beratung vorzulegen.

Zu Nr. 836 Sanierung des Steinbildnisses am Friedhof

Hier wird auf die Ausführungen zu Nr. 625 verwiesen. Darüber hinaus liegt dem Amt ein Antrag aus den vergangenen Jahren vor, der es möglich gemacht hätte, entsprechende Mittel frühzeitig einzuplanen. Damals war auch die einzige Begründung der Ablehnung, dass keine Mittel zur Verfügung stehen.

Wiesbaden, 13.03.2012